

Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff
und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt



Königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff
Forstrentamt zu Tharandt.

für die Königliche Amtshauptmannschaft Meissen, für das
sowie für das Königliche

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Postfach-Konto: Leipzig Nr. 28614.

Nr. 247.

Dienstag den 22. Oktober 1918.

77. Jahrg.

Der amtliche Teil befindet sich auf der 4. Seite.

Der Wortlaut der deutschen Antwortnote an Wilson.

Die 9. Kriegsanleihe
muß unsere Kraft
stärken. Friedens-
bereit, dürfen wir nicht wehr-
los auf der Walfstatt stehen!



Ludendorff.

Das neue Polen.

In Warschau legt man sich gar keinen Zwang mehr auf. Die Kunst der Verbändnisse nach Kräften, bis zur äußersten Grenze der Möglichkeit auszunutzen, erscheint als das einzige Gebot der Stunde. Wände, die man geleistet hat, werden mit echt slavischer Leichtfertigkeit gebrochen, Rücksichten, die man den noch im Lande vorhandenen Vertretern der Besatzungsmächte schuldet, schände behelste geschoben, die Grenzen, die vorläufig noch kein Wilson und kein Friedenskongreß verändert hat, mit kühnem Satz überfahren — kurz, der echte Pole zeigt sich uns, wie wir ihn von früher her ganz gut kannten. Hat er sich, seit seiner Befreiung durch deutsche und österreichische Waffen, mühsam genug verhalten, als ein guter Nachbar, als umgänglicher Mensch und Politiker aufzutreten müssen, so läßt er jetzt um so häufiger alle Masken fallen und zeigt uns sein haberkühles, leidenschaftsüberglühendes Antlitz, und seine Hand greift nach deutschem Besitz, nach deutschen Stammesgenossen. Bei uns scheint man hier und da immer noch zu zweifeln, ob Sinnestäuschungen vorliegen oder ob es den Polen wirklich ernst ist mit dem, was sie reden und was sie tun. Wir glauben, daß die volle Aufklärung gar nicht mehr lange auf sich warten lassen wird.

Die Vorgänge in Warschau werden zugeht nur noch dadurch etwas verdunkelt, daß die Parteien sich dort um die Machtverteilung im Augenblick noch nicht einig sind. Der Regimentsrat wird, weil er kein Dasein den beiden Mittelmächten verdankt und ihnen deshalb nicht mit völliger Gewissen- und Handlungsfreiheit gegenübersteht, von den radikalen Richtungen und Strömungen im Lande nicht anerkannt. Sie suchen statt dessen Anlehnung und Führung mit den polnischen Gruppen zu gewinnen, die sich seit Jahr und Tag in Paris als die allein echte und unabhängige nationale Vertretung des Polentums aufzutreten haben. Diese Kreise stehen natürlich ganz und gar auf dem Boden der Entente und wollen das Schicksal ihres Landes ausschließlich deren Händen anvertrauen. In diesem Zweigepate ist bis jetzt die neue Kabinettsbildung in Warschau gescheitert. Der Regimentsrat mußte abhandeln, wenn ein wirkliches Konzentrationministerium zustandekommen soll, und dazu scheint er sich einzuweilen noch nicht entschließen zu können. Aber gleichviel, wie dieser innere Parteigewissel entschieden wird, in der Forderung des vereinigten Königreiches sind sich alle Polen einig, und das geht uns Preußen-Deutsche in Fleisch und Blut an. Ohne sich im geringsten zu genieren, trifft der Regimentsrat auch bereits in aller Öffentlichkeit seine Vorbereitungen; er hat an die parlamentarischen Führer des preussischen Polentums die Einladungen ergehen lassen, nach Warschau zu kommen, um mit ihnen über die weitere Durchführung seines Aktionsprogramms, das heißt also über die Loslösung von Polen und Westpreußen — vielleicht auch von Schlesien, das scheint noch nicht ganz festzustehen — zu beraten. Man nennt die Herren Dr. Senda, Korjanta, Kulewski, Trampczowski, den Beklaten Stachel — der bekannte „Bleeker des Cafés“ — und den Grafen Soltowski. Ob die Herren dem Rufe gefolgt sind, weiß man nicht. Dieser oder jener von ihnen ist dazu ausserleben, als Minister für Polen in das polnische Kabinetts einzutreten, in ihrer Gesamtheit sollen sie aber wohl hauptsächlich darüber gebietet werden, wie man es anstellen könnte, in den polnischen Provinzen Preußens die Wahlen zum konstituierenden Landtag des Königreiches Polen vor sich gehen zu lassen. Der einfachste Weg bestünde wohl darin, die polnischen Mitglieder des preussischen Abgeordnetenhauses und Deutschen Reichstags in die Warschauer Konstituante zu berufen. Aber den reinen Grundgedanken der Demokratie entspräche ein solches Verfahren doch gar zu wenig, abgesehen davon, ob die

also Erfahrenen, von denen die preussischen Volksvertreter a. B. immerhin den Eid auf die preussische Verfassung, geleistet haben, den ihnen angebotenen Verbandvertrag so ohne weiteres auf sich nehmen würden. Aber jedenfalls: man unterhandelt zwischen Warschau und Posen schon ganz frei und offen, und es wird wohl nicht mehr lange dauern, bis der Regimentsrat schlangweg über deutsches Staatsgebiet verfügen wird. Wir sollen dann vielleicht noch darüber froh sein, daß er nicht auch die polnischen Siedlungen in Rheinland-Westfalen dem neuen Polenreich einverleibt und darin einen vollständigen Beweis für seinen aufrichtigen Willen erbringt, mit uns in — Frieden und Freundschaft zu leben. Das mag grotesk klingen, bleibt aber hinter dem wirklichen Stande der Dinge gar nicht weit zurück.

Angeichts dieser Vorgänge fragt sich natürlich jeder gute Deutsche: und unsere Regierung, wo bleibt sie und was tut sie? Einweilen wird über den Abbau der Zivilverwaltung in Polen verhandelt, zugleich auch über die Beibehaltung der Okkupation, deren die polnischen Machthaber noch zu bedürfen glauben, weil einige am bolschewistischen Muster geschulte Landsteuere sich vorbereiten, zu geeigneter Stunde das Erbe des Bürgerturns anzutreten. Im übrigen aber wird die preussische Regierung kaum dem Streite weiter untätig zuschauen. Noch sind wir nicht so weit, daß der durch uns geschaffene Polenstaat sich nach Gefallen aus unserm Gebiet zur Abnutzung seines Bestandes nach Gefallen bedienen könnte. Und die Rechte Deutschlands sind wie seine Würde und Ehre auch bei der Volksregierung so gut verwahrt wie bei allen vorhergehenden.

Vergebliche Mühe?

Genf, 19. Oktober.

In einer aus Washington übermittelten halbamtlichen Meldung der französischen Zeitungen vom 17. Oktober wird wörtlich mitgeteilt:

In der Umgebung des Präsidenten Wilson erwartet man, daß Deutschland eine weitere Note senden werde, zu dem Zweck, die Aussprüche über den Frieden fortzusetzen. Wenn das zutrifft, so darf man sicher sein, daß Deutschland sich würdigerweise bemüht hat.

Die französischen Blätter wollen also nochmals feststellen, daß schon die letzte Note Wilsons als Ablehnung aufgefaßt war, und daß Wilson auf eine weitere Note Deutschlands kurz erklärte, er wolle überhaupt nicht verhandeln. Ob Wilson wirklich auf diesen Standpunkt Clemenceau und Lloyd George stellt, werden wir bald erfahren.

Das Berner „Intelligenzblatt“ erklärt im Gegenzug zu der französischen Meldung aus Washington: In politischen Kreisen spricht man offen davon, daß mit der Note Lansing vom 15. Oktober in Deutschland die Verhandlungen zwischen der feindlichen Mächtekoalition tatsächlich begonnen haben. Man legt diesem Umstand eine ganz besondere Bedeutung bei. Die rückhaltlose Annahme der 14 Punkte Wilsons durch Deutschland habe entgegen den anderslautenden Pressestimmen im Weissen Haus Einbruch gemacht und dem Präsidenten zum erstenmal seit Kriegsausbruch die unmittelbare Aussprache mit Deutschland ermöglicht. Es scheint nun in der Tat, daß Wilson geneigt sei, die Aussprache mit Deutschland weiterzuführen.

Wie der Friede aussehen soll.

Die englische Presse, die anfangs sich kühl zeigte, befindet sich jetzt gleich der französischen in einem Stadium der Eroberungslust. Die Londoner „Times“ widmet mehrere Spalten den Zusätzen hervorragender Persönlichkeiten, die sich gegen jeden Waffenstillstand aussprechen und eine Unterwerfung Deutschlands auf Gnade und Ungnade fordern. Bezeichnend hierfür sind die Ausführungen Lord Burenboros, der die Herausgabe Elbfisch-Bohringen, Weigolands und des Rieker Kanals fordert. Die Geldentschädigungen müssen die Rückerstattung aller Kontributionen der vier Kriegsjahre umfassen und jede Beschädigung, jede Verletzung und jede Schwächung der Produktionsfähigkeit des Bodens müsse gutgemacht werden. Diese finanziellen Vergütungen sollen sich nicht nur auf Belgien und Frankreich, sondern auch auf die Balkanstaaten beziehen. Von der vertriehenen Lomage müßte selbstverständlich Lohne für Lohne erlegt werden. Außer diesen finanziellen Entschädigungen käme noch eine allgemeine Kriegsentwädigung hinzu für familiäre Verluste der Entente. Schließlich müßte noch ein Gerichtshof eingesetzt werden, um alle Schuldigen Deutschlands persönlich zu bestrafen. Lord Burenboros betont, daß bis zur vollen Bestrafung sämtlicher Entschädigungen Wien und Berlin und noch eine Anzahl näher zu bezeichnender Städte besetzt bleiben müßten.

Was kann Deutschland tun?

Oberst Egli schreibt in den „Boiler Nachrichten“: Vorläufige leistet das deutsche Heer immer noch kräftigen Widerstand und immer noch hält die deutsche Front fest zusammen. Es lassen sich für die Weiterentwicklung der Dinge auf deutscher Seite drei Möglichkeiten denken: 1. Die deutsche Widerstandskraft nähert sich tatsächlich ihrem Ende, und der völlige Zusammenbruch Deutschlands ist in kurzer Zeit zu erwarten; 2. das deutsche Heer ist noch imstande und das deutsche Volk ist gewillt, den Kampf verteidigungsweltweise entweder in den jetzigen Stellungen oder weiter rückwärts solange fortzuführen, bis die Verbündeten letztere Friedensbedingungen stellen oder ein Ende mit Schrecken kommt und 3. die Kampfkraft des deutschen Heeres gestattet nicht nur eine weitere Abwehr der Verbündeten in der jetzigen oder einer verfrühten Aufstellung, sondern auch noch die Durchführung einzelner taktischer Offensiven. Der Auf, der aus dem Lager der Alliierten tönt, nach einem Nachfeldzug, anstatt zu einem Verständigungsfrieden, ohne Zusicherung allseitiger Behandlung, braucht von den Deutschen noch nicht gefürchtet zu werden. Es muß angenommen werden, daß die Deutschen, wenn sie auch zu entscheidenden Siegen nicht mehr imstande sind, doch noch einen langen und sähen Widerstand werden leisten können. Dazu braucht es allerdings des festigen Willens des ganzen Landes, alles zu opfern, nur die Ehre nicht. Vor diesem Entschluß stehen heute die Vertreter des deutschen Volkes.

Die nordfranzösischen Flüchtlinge.

Wie die holländische Regierung in der Zweiten Kammer erklären ließ, hat sie umfassende Maßnahmen ergriffen für Kleidung, Ernährung und hygienische Versorgung der Flüchtlinge aus Nordfrankreich. Am 17. Oktober waren nach zuverlässigen Angaben 160 000 Flüchtlinge nach Holland unterwegs und ungefähr 80 Kilometer von der holländischen Grenze entfernt. Nur die Schwachen und Kranken werden auf Wagen befördert, die anderen müssen zu Fuß gehen. Sofort nach Passieren der holländischen Grenze werden die Flüchtlinge von Soldaten in Empfang genommen und untersucht. Gesunde werden sofort durchgelassen. Sie werden nach kleinen Ortschaften in der Provinz Brabant, Limburg usw. befördert. Man hält sie außerhalb der Stadt, wo man ihnen einen ruhigen Aufenthalt verschaffen und die Stadt vor Überfüllung schützen will. Kranke und Krankheitsverdächtige werden besonders sorgfältig behandelt. Man hat für sie besonders Einrichtungen getroffen.

Wilson's Friedensvermittlung 1917.

Frankfurt a. M., 19. Oktober.
Eine dem früheren Reichskanzler v. Bethmann Hollweg nachfolgende Persönlichkeit macht der Fritz. Sig. folgende Mitteilungen.

In den auf die Senatsbotschaft vom 22. Januar folgenden Tagen ließ Wilson dem Grafen Bernstorff durch einen Vertrauensmann sagen, der Präsident wolle sich erneut bemühen, den Frieden zustande zu bringen. Für diesen Zweck werde es ihm von besonderer Wichtigkeit sein, Genaueres über die deutschen Friedensbedingungen zu erfahren. Das Telegramm Bernstorffs, das hierüber berichtete, ging am 28. Januar in Berlin ein. Damals war der uneingeschränkte Unterseebootkrieg bereits beschlossen und alle Vorbereitungen für seinen auf den 1. Februar festgesetzten Beginn waren getroffen. Ein Gegenbefehl wäre eine technische Unmöglichkeit gewesen. Graf Bernstorff, der, als er sein Telegramm abhandelte, bereits im Besitz der am 31. Januar abzugehenden Note wegen der Eröffnung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges war und gebeten hatte, diese Note auf Grund der Mitteilungen des Wilsonschen Vertrauensmannes einstweilen zurückhalten zu dürfen, wurde in ungenügender Beantwortung seines Telegramms hieron verhandigt und beauftragt, der amerikanischen Regierung bei der Übergabe der Note zu sagen, daß die deutsche Regierung die Absicht Wilsons auf das wärmste begrüße und zur Förderung dieser Absicht ihre Friedensbedingungen dem Präsidenten zur eigenen persönlichen Information bekanntgebe. Das Friedensprogramm, das für die von den Mittelmächten am 12. Dezember 1916 vorgeschlagenen Verhandlungen aufgestellt war, wurde zu diesem Zweck in dem Telegramm an den Grafen Bernstorff eingehend entwickelt. Graf Bernstorff wurde ferner beauftragt, dem Präsidenten Wilson zu sagen, daß der uneingeschränkte Unterseebootkrieg, da Unterseeboot mit ihrer neuen Instruktion auf dem Wege und größtenteils auch drohlos nicht erreichbar seien, aus technischen Gründen nicht abgefohrt werden könne, daß aber die Reichsregierung bereit sei, Befehl zur Einstellung des Unterseebootkrieges zu geben, sobald es den Be-

mühungen des Brandstifters Wilson gelungen sei, eine erfolgversprechende Grundlage für Friedensverhandlungen zu sichern. Die amerikanische Regierung hat trotz dieser Ermüdung die Mittelkräfte des uneingeschränkten U-Boot-Krieges mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen beantwortet.

Die Aufschrift führt weiter aus, daß unser Friedensschritt vom 12. Dezember 1918 nicht mit Wilson vereinbart war. Wilson habe keinen Anlaß gehabt, sich verlegt zu fühlen, weil die Mittelmächte in ihrem Verstreben, möglichst bald zum Frieden zu kommen, nicht ausschließlich auf eine immer noch ungewisse und trotz gelegentlicher Anknüpfung ungewiß gebliebene amerikanische Vermittlung warteten, sondern in dem ihnen geeignet erscheinenden Augenblicke selbständig vorging. Zum Schluß wird die Behauptung als unzutreffend bezeichnet, die Reichsregierung habe Wilson dauernd um Friedensvermittlung gebeten und habe ihm dann, als er ihrer Bitte nachgegeben, plötzlich mit der Erklärung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges ins Gesicht geschlagen. Wilsons Friedensaktion ging selbständig neben der Friedensaktion der Centralmächte einher.

Japan auf dem Weltmarkte.

Englands und Amerikas neuer Wettbewerber.

Das Wachstum der japanischen Industrien und die sich von Tag zu Tag verstärkende japanische Konkurrenz wird nicht nur in den Völkerhandelsstaaten, sondern auch bei den Neutralen mit Beforgnis wahrgenommen. In Londoner „Financial News“ veröffentlicht einen Artikel über den Wiederaufbau von Industrie und Handel nach dem Kriege, der sich besonders mit dem ungeheuren Aufschwung der japanischen Industrie nach der Ausschaltung Deutschlands auf dem Weltmarkte befaßt. Wie dort ausgeführt wird, kommen Japan für die Entwicklung seiner Industrien vor allem seine Nachahmungsfähigkeit und billigen Arbeitskräfte auf. Während des Krieges seien z. B. japanische Uhren nach China, Indien, den Südeisenstein, den Straits Settlements und sogar nach Großbritannien, Frankreich und Italien gegangen; augenblicklich herrsche Mangel an Uhrsehern, da in verschiedenen Ländern die Ausfuhr von Stahl verboten sei; wie man hört, verfertigen die japanischen Uhrmacher deshalb die Uhren zunächst ohne Federn und nähmen sie bis zum Wiedereintreffen von Federn auf Lager.

Diese englisch-amerikanische Meldung ist in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert. Sie zeigt, wie sehr die Industrien der überseeischen Länder durch die Selbstzerfleischung der europäischen Völker gehindert worden sind. So erscheinen in der japanischen Ausfuhr Waren, die das Land des Mittelmeeres früher aus Europa bezog, beispielsweise Nadeln, Emaillewaren, Fensterglas, Uhrengehäuse, elektrische Lampen, Füllfederhalter und dergleichen. Soweit sich die japanische Konkurrenz gegen die Kriegführenden, vor allem gegen England und Amerika richtet, ist allerdings zu erwarten, daß nach dem Kriege ein Teil dieser japanischen Absatzgebiete wieder zurückgehen wird. Die europäischen Neutralen werden aber auch in Zukunft unter der japanischen Konkurrenz sehr zu leiden haben. So wird, um ein Beispiel unter vielen anzuführen, es der schweizerischen Uhrenindustrie, die bisher den Weltmarkt beherrschte, nicht gleichgültig sein, daß, wie die „Financial News“ betonen, japanische Uhren sich ein breites Absatzgebiet erobern haben.

Es wird ja überhaupt eine der schwerwiegendsten, wirtschaftlichen Nachwirkungen des Krieges sein, daß die bisher industriell wenig entwickelten überseeischen Gebiete während des Krieges darangekommen sind, eigene Industrien zu entwickeln; weil ihre Warenbesitzer aus Europa unterbunden wurden. Schon jetzt klagen englische Fachblätter darüber, daß in China, Südafrika und Australien ganze Industrien entstanden sind, daß diese Länder jetzt Waren und Fabrikate erzeugen, die sie vor dem Kriege aus Europa bezogen. Dazu kommt, daß die Japaner sich erfolgreich bemühen, früher von England gelieferte Waren auch nach Südafrika einzuführen. Diese Einfuhr geht nördlich bis nach Rhodesien. Insbesondere erhält jetzt Südafrika aus Japan Baumwollwaren, und zwar hauptsächlich wegen der Schwierigkeiten, denen die Ausfuhr südafrikanischer Aufträge in Lancashire begegnet. Ferner beziehen südafrikanische Firmen, die aus Sheffield nichts erhalten können, jetzt die früher von dort bezogenen Messerschmiedewaren, Stützholz und Porzellan aus Japan. Zahlreiche andere Handelszweige Englands werden in ähnlicher Weise betroffen.

Während also England und Amerika sich in schönem Wettstreit bemühen haben, Deutschlands Industrie- und Handelswettbewerb zu vernichten, hat sich in aller Stille Japan als neuer Wettbewerber eingestellt. Soll er nun auch erschlagen werden?

Vom Tage.

Der bulgarische Ministerpräsident Radinow gibt sich die deutsche Presse wütend, sich vor der Entente „herauszuwachen“, um wieder für „bierebrich“ erklärt zu werden. Einem französischen Zeitungsmanne gegenüber erklärte er: „Wir sind überzeugt, daß die Entente die Lage in dem Bulgarien von 1918, das den Belgradern folgte, sich den Mittelmächten anschließen, verhindern wird. Die Entente wird uns sicher einschließen, zumal da wir jetzt Gelegenheit haben, der Völkerei zu folgen, die stets die des bulgarischen Volkes gewesen ist.“ Der sehr ehrenwerte Herr Radinow sollte wissen, daß man den Verrat nicht den Verräter aber noch immer für ein verächtliches Subjekt gehalten hat — wahrscheinlich sogar in Ententekreisen!

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Die nächste Reichstags-Sitzung am Dienstag um 2 Uhr wird sich nicht mit der politischen und militärischen Lage beschäftigen. Nach Erledigung einiger kurzer Anfragen wird die Abänderung des § 21 der Reichsverfassung, die Abänderung des § 11 der Reichsverfassung (Mitbestimmungsrecht des Reichstages über Krieg und Frieden) und der Gesetzesentwurf betr. die Übergangswirtschaft beraten werden. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die Sitzung bis zum Ende der Woche dauern.

Osterreich-Ungarn.

+ Die Neuordnung in Osterreich rückt doch auf weit größere Schwierigkeiten, als man in manchen Kreisen anfangs annahm. Ganz zufrieden ist mit dem kaiserlichen Erlass wohl keine Nationalität. Die Tschechen wollen die ungarischen Slowaken in die Regelung einbezogen wissen, die rumänischen und ukrainischen Abgeordneten verhalten sich ebenfalls ablehnend, und die Deutschen

haben alles der am Montag zusammentretenden Nationalversammlung überlassen zu wollen. Interessant ist dabei die Haltung der Washingtoner Regierung. Sie will an Österreich keine Antwort gelangen lassen, ehe nicht alle Nationalitäten dem Vorschlag des Kaisers zugestimmt haben und ehe nicht Deutschland auf Wilsons Note endgültig geantwortet hat. Die Tschechen wiederum scheinen ihre endgültige Entscheidung von der Antwort Wilsons abhängig machen zu wollen.

Holland.

+ Das amerikanische Angebot von Steinkohle und Getreide hat in Holland wegen der daran geknüpften Bedingungen starken Unwillen hervorgerufen. Die Washingtoner Regierung verlangt nämlich die Einstellung der Ausfuhr nach Deutschland. Die Holländer erklären, das laufe auf eine Verletzung der Neutralität hinaus. Das Angebot habe etwas Erniedrigendes, da darin die Zumutung gestellt werde, daß Holland sich heute, wo es Deutschland weniger gut gehe, an dem Hungerkrieg der Entente gegen Deutschland beteiligen solle. Indes werde die Stellung Hollands durch das amerikanische Angebot für die Verhandlungen mit Deutschland gestärkt.

Ukraine.

+ Der innere Ausbau des neuen Staatswesens soll jetzt nach einem Bericht des Hetmans Skoropadski von dem Ministerpräsidenten Jysogub unverzüglich in Angriff genommen werden. Zunächst ist die Schaffung einer Volksvertretung beabsichtigt. Zu gleicher Zeit soll der Ausbau der Wehrmacht mit allem Nachdruck durchgeführt werden. Der Hetman plant vor Beginn der Reform eine Umbildung des Ministeriums auf breiterer Grundlage.

Neueste Meldungen.

Verzicht auf den Wirtschaftskrieg.

Basel, 19. Okt. Wie aus Paris gemeldet wird, habe das französische Kabinett einem Antrage Wilsons zugestimmt, der den Verzicht auf jeden Wirtschaftskrieg fordere.

Clemenceau, der Befreier der Menschheit.

Genf, 19. Okt. In der neu eröffneten französischen Kammer gab Clemenceau eine Erklärung ab, in der er sagte: „Die Schlacht dauert an. Wir wollen die Räumung aller unserer Städte und Ortschaften, die Befreiung Frankreichs und die Befreiung der Menschheit.“ Clemenceaus Worte: „Der Krieg wird fortgesetzt“, befaßlichten nur die erprobten Regierungsanhänger. Clemenceau suchte durch die Versicherung: „Rachsucht steigt uns fern, den Vorfällen der Vorkriegszeit zu gewinnen, aber der Einbruch wurde durch die drohende Gefahr abgewendet“, mit der der Redner die Worte begleitete: „Wir beanspruchen volle Bürgschaften gegen das Barbarentum.“

Radostawow in Berlin eingetroffen.

Berlin, 19. Okt. Heute früh ist der frühere bulgarische Ministerpräsident Radostawow, der Vorgänger Radinows, in Berlin eingetroffen.

Der moralische Geist des deutschen Heeres.

Genève, 19. Okt. Der Kriegskorrespondent Bazin del „Corriere della Sera“ berichtet von der Front über die Ordnung und Geistesstärke, mit der die deutschen Truppen ihre Rückzugsbewegungen durchführen. Das deutsche Heer sei keineswegs auf der Flucht, sein moralischer Zusammenhalt sei noch stark und könne sich aufs neue bis zum äußersten heben. Die ausermittelten Truppen, denen die Maschinen-gewehre anvertraut sind, kämpften mit unverwundeter Energie.

Reichstag und Regierung über die Sicherheit der Kriegsanleihen.

Der Staatssekretär des Reichsschatzamts, Graf von Roedern, hatte mit Parteiführern des Reichstages eine Aussprache über die Kriegsanleihe. Es waren mit dem Reichstagspräsidenten Fehrenbach, vom Zentrum die Abgeordneten Gröber und Trimborn, von den Sozialdemokraten die Abgeordneten Ebert und Scheidemann, von den Konservativen die Abgeordneten Graf von Westarp und Dietrich, von der fortschrittlichen Volkspartei die Abgeordneten Wiemer und Fischebe, von den Nationalliberalen die Abgeordneten Stresemann und List, von der Deutschen Fraktion die Abgeordneten Freiherr von Camp und Schulz-Bromberg erschienen.

Der Staatssekretär des Reichsschatzamts erklärte u. a. folgendes:

„Man fragt nach der Sicherheit der Anleihen. Die Anleihen sind gesichert, formell durch das Versprechen von Regierung und Reichstag; materiell durch das, was hinter ihnen steht, die Arbeits- und Steuerkraft des ganzen deutschen Volkes. Treffend hat man die deutsche Kriegsanleihe als eine Hypothek auf unser Volksvermögen bezeichnet. Unser Volksvermögen steht in der Hauptsache noch unangefastet da.“

Das deutsche Volkseinkommen bietet eine Gewähr dafür, daß auch der Zinsendienst der Kriegsanleihen gesichert ist.

Bundesrat und Reichstag sind gewillt, den eingegangenen Verpflichtungen gerecht zu werden, insbesondere für Deckung der Kriegsanleihezinsen in voller Höhe Sorge zu tragen.

Bei allen Steuern, die noch kommen, wird der Besitzer von Kriegsanleihe nicht schlechter gestellt werden wie der, der seiner Pflicht zur Zeichnung in dieser schweren Zeit nicht nachgekommen ist. Ich trete sogar dafür ein, daß derjenige, der sein Vaterland in schwerer Zeit finanziell nicht im Stiche gelassen hat, bevorzugt werden soll.

Die Kriegsanleihe ist eine Volksanleihe im besten Sinne des Wortes geworden, sie ist bereits jetzt in den Händen von Millionen zum großen Teil wenig bemittelter deutscher Reichsangehöriger, sie bildet den Grundstock des Vermögens ungezählter Sparkassen, Genossenschaften, wohltätiger Stiftungen, die unseren Ärmsten dienen. Und weil das der Fall ist, würde kein Parlament und keine Regierung es wagen können, durch gesetzliche Maßregeln an der Sicherheit ihres Zinsertrages zu rühren.“

Die Parteiführer des Reichstages

erklärten ihre volle Übereinstimmung mit der Auffassung, daß es weiter für Reichstag und Reichsregierung erste Pflicht sein muß, den Zinsendienst der Kriegsanleihen in zugesagter Höhe mit allen Mitteln sicherzustellen, und daß der Besitzer von Kriegsanleihe bei allen steuerlichen und sonstigen Maßnahmen keine Benachteiligung, vielmehr nach Möglichkeit eine Begünstigung erfahren soll. Für die Durchführung dieses Bestrebens bürgt schon die Tatsache, daß unsere Anleihen Volksanleihen im besten Sinne des Wortes sind, die sich zum größten Teil in den Händen von Millionen wenig begüterter Volksgenossen befinden.

Großes Hauptquartier, den 20. Oktober 1918.
Westlicher Kriegsschauplatz.

In Flandern haben wir in Fortführung der am 18. 10. gemeldeten Bewegungen Brügge, Thielt und Kortrijk geräumt und neue Stellungen bezogen. Vor diesen fanden lebhafteste Vorkampfe statt. Am Abend stand der Feind südlich von Sluis an der belgisch-holländischen Grenze, westlich von Maldegem-Urzel, bei Poete und Marlegem. Nordöstlich von Kortrijk hielt er mit Teilen über die Lys vor. Südlich von Kortrijk hat er die Straße Kortrijk-Tournai erreicht und war beiderseits von Douai bis östlich der Linie Duchies-Marchiennes gefolgt.

An der Schlachtfrente zwischen Le Cateau und der Oise trat gestern eine Kampfpause ein. In unseren neuen Linien am Sambre-Lise-Kanal und an der Oise stehen wir in Gefechtsfähigkeit mit dem Gegner.

Der Serre- und Souche-Abchnitt war tagsüber das Ziel harter feindlicher Angriffe. Der nordöstlich von La Ferté auf dem nördlichen Serre-Mer zum Angriff vorbereitende Feind wurde im Feuer und im Nahkampf abgewiesen. Ebenso scheiterten südlich von Grech mit starken Kräften geführte Angriffe im Gegenstoß sächsischer Bataillone. An der Straße Laon-Marle sah die Gegner in kleinen Teilen unserer Stellung Fuß. Beiderseits der Souche-Niederung wurde er nach heftigem Kampf abgewiesen. Auch auf dem Nordufer der Aisne griff der Feind nach harter Artillerievorbereitung an und drängte nordöstlich von St. Germain mont unsere Vorposten etwas zurück.

An der Aisnefront zwischen Attigny und Elizy nimmt die Weichselmündung des Gegners zu. Beiderseits von Vouziers setzte er sich bei erneuten Angriffen auf den Höhen am östlichen Aisne-Ufer fest. Der Kommandeur der 190. Infanterie-Division, Generalleutnant von Wittkammer, bracht durch persönliches Eingreifen den feindlichen Angriff auf den Höhen östlich von Bando zum Stehen. Zwischen Elizy und Grandpre wichen löchrigische, lichtschieß-holländische Regimenter und Jäger-Bataillone erneute heftige Angriffe bei Vouziers vor ihren Linien ab.

Auf beiden Waaudern blieb die Gefechtsfähigkeit auch gestern auf Störungsfeuer beschränkt.

Südlicher Kriegsschauplatz.

Am Bulovik nordwestlich von Alessinac wurden feindliche Angriffe abgewiesen. Bajecar im Timol-Tale wurde von Gegner besetzt.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Großes Hauptquartier, 21. Oktober. (Wtl. Amtlich.) Eingegangen nachmittags 1/6 Uhr.

Westlicher Kriegsschauplatz:

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern wurde vor und um den Lys-Abchnitt zwischen Urteil und Kortrijk heftig gekämpft. In Somergem vorübergehend eingedringener Feind warfen wir im Gegenstoß wieder zurück. Beiderseits von Deynze setzte sich der Gegner auf dem Westufer der Lys fest. Teile, die südlich der Stadt über den Fluß vordrangen, wurden zum größten Teile gefangen genommen. Ein Franzosenest blieb auf dem östlichen Ufer zurück. Westlich von Kortrijk hielt der Feind über Deerslijl und Zwonegem vor. Auf den Höhen westlich und südwestlich von Bichte brachten wir seine Angriffe zum Stehen. Nordlich der Schelde wiesen wir den Feind vor unseren Linien ab. Nordlich von Turnay hat der Gegner die Schelde erreicht. Südlich von Turnay standen wir mit ihm in der Linie St. Amand östlich von Douain und auf den Höhen östlich und nordöstlich von Haspres in Gefechtsfähigkeit.

Beiderseits von Solesmes und Le Cateau griff der Engländer gestern in Ausdehnung seiner am 17. und 18. Oktober zwischen Le Cateau und der Oise geführten Angriffe mit starken Kräften an. Zwischen Somains und Bertain blieben seine Angriffe auf den Höhen westlich der Harpies-Niederung in unserer Abwehrwirkung liegen. Beiderseits von Solesmes brachten wir den über unsere vorderen Linien hinaus vorgehenden Feind auf den Höhen östlich und südlich der Stadt zum Stehen. Romeries und Amerval gingen verloren und wurden im Gegenstoß wieder genommen. Beiderseits von Le Cateau haben wir unsere Stellungen nach hartem, wechselvollem Kampfe im allgemeinen behauptet. Die brandenburgische 44. Reserve-Division unter Führung des Generalmajors Haas hat sich hier besonders bewährt. Der mit großen Mitteln unternommene Angriff des Feindes ist somit auf der ganzen 20 Kilometer breiten front bis auf örtlich beschränkten Vordringens des Gegners an der Fähigkeit unserer durch Artillerie wirksam unterstützten Infanterie gescheitert.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Nördlich der Serre wurden erneute Angriffe des Feindes abgewiesen. Beiderseits der Straße Laon-Marle überrannten wir im Gegenangriff Teile unserer noch in Feindeshand gebliebenen Linien und wiesen starke Gegenangriffe ab. Auch westlich der Aisne nahmen ostpreussische Bataillone und das in den letzten Kämpfen besonders bewährte Reserve-Infanterie-Regiment 231 im Gegenangriff ihre Stellungen wieder und schlugen feindliche Angriffe ab. Westlich von Vouziers suchte der Feind seine am 19. Oktober erzwungenen örtlichen Erfolge durch Fortsetzung seiner Angriffe zu erweitern. Vornehmlich sind sie im Gegenangriff des Infanterie-Regiments Nr. 411 und an der Aisne Abwehr der 7. Kompanie des bayrischen Infanterie-Regiments Nr. 24 gescheitert.

Seeresgruppe Ostbayern.

Ostlich von Baudewille wurden Teilangriffe der Amerikaner abgewiesen. Im übrigen blieb die Gefechtsfähigkeit beiderseits der Maas in möglichen Grenzen.

Südlicher Kriegsschauplatz:

An der Morawa schlugen wir erneut Teilangriffe der Serben ab.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Berlin, 21. Oktober. (Amtlich.) Die deutsche Antwort auf die amerikanische Note vom 14. ds. Mts. lautet wie folgt: Die deutsche Regierung ist bei der Annahme des Vorschlages zur Räumung der besetzten Gebiete davon ausgegangen, daß das Verfahren bei dieser Räumung und die Bedingungen des Waffenstillstandes der Beurteilung militärischer Ratgeber überlassen seien und daß das gegenwärtige Kräfteverhältnis an den Fronten Abmachungen zu Grunde zu legen ist, die es sichern und verbürgen. Die deutsche Regierung gibt dem Präsidenten anheim, zur Regelung der Einzelheiten eine Gelegenheit zu schaffen; sie vertraut darauf, daß der Präsident der Vereinigten Staaten keine Handlung gutheißen wird, die mit der Ehre des deutschen Volkes und mit der Anbahnung eines Friedens der Gerechtigkeit unvereinbar sein würde.

Die deutsche Regierung legt Verwahrung ein gegen den Vorwurf ungeschlichter und unmenschlicher Handlungen, der gegen die deutschen Land- und Seestreitkräfte und damit gegen das deutsche Volk erhoben wird.

Zerstörungen werden zur Deckung eines Rückzuges immer notwendig sein und sind insoweit völkerrechtlich gestattet. Die deutschen Truppen haben strengste Weisung, das Privateigentum zu schonen und für die Bevölkerung nach Kräften zu sorgen. Wo trotzdem Ausschreitungen vorkommen, werden die Schuldigen bestraft.

Die deutsche Regierung bestreitet auch, daß die deutsche Marine bei Besetzung von Schiffen Rettungsboote nebst ihren Insassen absichtlich vernichtet hat.

Die deutsche Regierung schlägt vor, in allen diesen Punkten den Sachverhalt durch neutrale Kommissionen aufklären zu lassen.

Um alles zu verhindern, was das Friedensziel erschweren könnte, sind auf Veranlassung der deutschen Regierung an sämtliche Unterseeboots-Kommandanten Befehle ergangen, die eine Torpedierung von Passagierschiffen ausschließen, wobei jedoch aus technischen Gründen eine Gewähr dafür nicht übernommen werden kann, daß diesen Befehl jedes in See befindliche Unterseeboot vor seiner Rückkehr erreicht.

Als grundlegende Bedingung für den Frieden bezeichnet der Präsident die Befestigung jeder auf Willkür beruhenden Macht, die für sich Unklarheit und auf eigenen Willen den Frieden der Welt stören kann. Darauf antwortet die deutsche Regierung: Im deutschen Reiche stand der Volksvertretung ein Einfluß auf die Bildung der Regierung bisher nicht zu. Die Verfassung lehnt bei der Entscheidung über Krieg und Frieden eine Mitwirkung der Volksvertretung nicht vor.

In diesen Verhältnissen ist ein grundlegender Wandel eingetreten. Die neue Regierung ist in völliger Uebereinstimmung mit den Wünschen der aus dem gleichen allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrecht hervorgegangenen Volksvertretung gebildet, die Führer der großen Parteien des Reichstages gehören zu ihren Mitgliedern. Auch künftig kann keine Regierung ihr Amt antreten oder weiterführen, ohne das Vertrauen des Reichstages zu besitzen. Die Verantwortung des Reichskanzlers gegenüber der Volksvertretung wird gesetzlich ausgebaut und sichergestellt. Die erste Tat der neuen Regierung ist gewesen, im Reichstage ein Gesetz vorzulegen, durch das die Verfassung des Reiches dahin geändert wird, daß zur Entscheidung über Krieg und Frieden die Zustimmung der Volksvertretung erforderlich ist.

Die Gewähr der Dauer des neuen Systems ruht aber nicht in den gesetzlichen Bürgschaften, sondern auch in dem unerschütterlichen Willen des deutschen Volkes, das in seiner großen Mehrheit hinter diesen Reformen steht und deren energische Fortführung fordert.

Die Frage des Präsidenten, mit wem die gegen Deutschland verbündeten Regierungen es zu tun haben, wird somit klar und unambiguös dahin beantwortet, daß das Friedens- und Waffenstillstandsangebot ausgeht von einer Regierung, die frei von jedem willkürlichen und unverantwortlichen Einfluß getragen wird, von der Zustimmung der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes.

Staatssekretär des Innern Trimborn über die Kriegsangelegenheiten:

Die erste Pflicht des Reiches wird es stets sein, für die Zinsen der Kriegsanzleihe zu sorgen.

Trimborn

einmüßig eine Kundgebung beschlossen, in der der Uebersetzungs Ausdruck gegeben wird, daß sich Deutschland nur dann behaupten könne, wenn es eine geschlossene Einheit bildet. Die Professoren stellten sich deshalb fest in den Dienst der neuen politischen Ordnung und der sie vertretenden Regierung. Sie erachteten dies als den einzig übriggebliebenen Weg, auf dem die unerhörten in unseren Kräfte unseres Volkes zur allseitigen Anspannung entsefelt werden können. Die Professoren erheben den Satz des letzten Auftrages der sozialdemokratischen Partei zu ihrer Forderung: Mit einem Frieden der Vergewaltigung, der Demütigung und der Verletzung seiner Lebensinteressen wird sich das deutsche Volk nie und nimmermehr abfinden.

Aus Stadt und Land.

Mitteilungen für diese Rubrik nehmen wir jederzeit dankbar entgegen.

Wilsdruff, am 21. Oktober.

Am Freitagabend trat die neugebildete Operettenabteilung des Theaters der Feldgrauen zum ersten Male in Wilsdruff auf. Zur Vorführung gelangten das Singspiel „Trau, schau, wem“ von Renker und die Operette „Dorothea“ von J. Offenbach. Tiefere Inhalt boten beide nicht. Im ersten liebt ein armer Bauer die reiche Rosel. Er ist hocherfreut über einen Brief des Mädchens, in dem es ihm Liebe und Treue versichert. Er bittet den Dorfbader Steffen, beim Vater der Geliebten ein gutes Wort für ihn einzulegen. Aber Steffen, der selbst nach dem Besitze des Mädchens trachtete, sieht den Brief, verleumdet Hans und erreicht, daß Rosel den Geliebten bei der nächsten Zusammenkunft kräftig abfallen läßt. Danach belauscht sie Hans und Steffen und erfährt dadurch des Dorfbaders Niedertracht. Als er kommt, mit ihr die Verlobung zu feiern, entlarvt sie ihn als Dieb, Verleumder und Betrüger. Der Vater heißt nun Hans als Schwiegersohn willkommen. In der Operette tritt eine junge Bäuerin Dorothea auf, die sieben Jahre auf die Rückkehr ihres Verlobten gewartet hat, sich aber nun mit dem Schullehrer verlobt. Da kommt der erste Bräutigam noch. Er merkt sofort den Sachverhalt, bleibt scheinbar auf seinen früheren Rechten bestehen, aber nach einigen Redereien tritt er gern zurück. Beide Spiele waren gut eingedreht, und der flotten Darstellungsweise ist es wohl zu verdanken, daß die Stücke trotz ihres flachen Inhalts bei den zahlreich erschienenen Besuchern reichen Beifall fanden. Frau Maria Herwehly besitzt eine schöne, weiche Stimme und stellte die beiden Hauptrollen Rosel und Dorothea ausgezeichnet dar. Sie trug mit ihrem Partner, dem Sergeant Richter, der einmal als junger Bauer und dann als Schullehrer auftrat, rechtlich ihr Teil zum Gelingen des Sanges bei. Ebenso muß die Leistung des Einj.-Freim.-Gren. Kämmler anerkannt werden, der erst den Schleicher Steffen und dann den martialischen Wänerswachtmeister Peter so spielte, daß man in beiden Rollen kaum denselben Darsteller vermutete. Wie immer hat sich auch diesmal das Theater der Feldgrauen bewährt. Gern sei der Operettenabteilung der Feldgrauen ein „Auf baldiges Wiederkommen“ zugerufen. Hoffentlich fällt es in eine Zeit, da unsere Armeen im Westen nicht mehr im Verzweiflungskampfe gegen einen übermächtigen Feind stehen, da täglich Tausende unserer Brüder verbluten, da bei uns das heimliche Würgengel Gestrüpp ein Opfer nach dem anderen fordert, sondern in die Zeit des ehrenvollen Friedens.

Unsere Schuld. Wenn man vor kurzem die deutschen Zeitungen in die Hand nahm, konnte man glauben, wir lebten nicht in einem Kriege gegen die halbe Welt, sondern in einem Bürgerkrieg. Wir haben unter ewiger Kritik an den wirtschaftlichen Einrichtungen unserer Willen zur Selbsterhaltung so geschwächt, daß der Feind einen Erfolg ertingen konnte, der ihm sonst verjagt geblieben wäre. Jetzt muß in jedem Deutschen die Erkenntnis der ersten Stunde geweckt werden. Der Feind ist willens, in unsere Heimat einzubrechen. Das wird ihm aber nie gelingen, wenn wir die durch die Willkür feindlicher Agenten zersplitterten Kräfte unseres Vaterlandes sammeln. Noch sind wir imstande, großes Unheil zu verhüten. Handeln wir darnach und bezeugen wir auch unseren Soldaten, daß wir ihnen die verdiente Achtung nicht versagen. Da der Krieger nicht mehr so viel Liebesgaben wie früher erhalten kann, so muß er täglich fühlen, daß seine Treue durch Treue vergolten wird.

Einen Blick hinter die Kulissen der geheimen Fleischversorgung Dresdens gab eine Verhandlung, die am Donnerstag vor der Strafkammer des Landgerichts Sächsisch stattfand. Dort hatten sich der Arbeiter Paul Jahn und der Schlosser Oswald Knauer, beide aus Dresden, wegen Diebstahls zu verantworten. Sie wurden beschuldigt, aus der Abdeckerei von Jänichen in Arnsdorf bei Ruhland das Fleisch von verendeten Pferden, Schweinen, Kindern und Kälbern gestohlen und in Dresden an den Mann gebracht zu haben. Der Hauptbeschuldigte ist Jahn, der in Dresden zahlreiche Abnehmer für Fleisch besaß, denen er vorredete, das Fleisch stamme aus Geheimfleischmengen her. Die Verhandlung ergab folgenden Sachverhalt: In Arnsdorf bei Ruhland, nicht allzuweit von der sächsisch-preussischen Grenze, besaß ein gewisser Jänichen eine Abdeckerei, die das gesamte, im Kreise Hoyerswerda verendete Vieh aufnahm. Jänichen, ein entfernter Verwandter Jahns, war zum Militär eingezogen und konnte sich infolgedessen nicht mehr so recht um sein Geschäft kümmern. Diese Gelegenheit benutzte Jahn zu stieren Besuchen in der Abdeckerei. Er schaffte dort die abgelieferten Tiere beiseite und entfernte nachts die Fleischteile, soweit sie noch irgendwie gut erhalten waren. Nachts noch wurde dann das Fleisch auf einen Handwagen verladen und über die sächsisch-preussische Grenze gebracht. Nachdem das Fleisch zerstückelt und verpackt worden war, verladen es die Diebe auf dem Bahnhof Königswitz. Einige Male wurde das Fleisch auch direkt im Handwagen bis Dresden gefahren, da eine Verladung nicht raffam erschien, und in Dresden zu Wucherpreisen verkauft. Jahn machte die besten Geschäfte und kam so zu Reichtum. In der Nacht zum 8. Juni ereilte Jahn sein Schicksal, als er vom Bahnhof Ruhland aus mit seinem Genossen Knauer, in Rucksäcken verpackt, einen Zentner Fleisch von einem verendeten Kinde nach Dresden bringen wollte. Er wurde vom Gendarmen abgefaßt und verhaftet. In der Verhandlung am Donnerstag gab Jahn zu, zahlreiche Bewohner von Dresden mit Abdeckereifleisch versorgt zu haben, ohne daß die Betreffenden von der Herkunft des Fleisches wüßten. Jahn bestritt jedoch, durch Diebstahl in den Besitz des Fleisches gelangt zu sein. Er behauptete, daß er mit dem Abdeckereibesitzer Jänichen unter einer Decke gesteckt und das Fleisch mit dessen Einverständnis nachts abgeholt habe. Jänichen bestritt dies entschieden und schwor auch seine Aussagen. Der Staatsanwalt, der in scharfen Worten das Treiben des Angeklagten Jahn als gemeingefährlich charakterisierte, beantragte gegen Jahn 2 1/2 Jahre Gefängnis und gegen den Mitangeklagten

Blutige Straßenkämpfe in Sofia.
Wien, 19. Okt. In Sofia fanden in den letzten Tagen Straßenkämpfe mit Anhängern der bolschewistischen Ideen statt, wobei etwa 3000 Personen ums Leben gekommen sein sollen.

Letzte Drahtberichte
aus „Wilsdruffer Tageblatt“.
Kundgebung der Professoren der Universität Berlin.

Berlin, 21. Oktober. (su.) In einer Versammlung der Professoren der Universität Berlin wurde gestern

Knauer wegen Beihilfe 9 Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte gegen ihn auf 2 Jahre Gefängnis unter Anrechnung von 6 Monaten für die Untersuchungshaft. Knauer wurde freigesprochen, da das Gericht annahm, daß er geglaubt habe, daß das Fleisch mit Wissen des Abdeckereibesetzers abgeholt worden sei.

Dresden. Die Staatsanwaltschaft hat die Ermittlungen über das Eisenbahnunglück am 22. September abgeschlossen und Anklage gegen den Lokomotivführer und den Heizer des Leipziger Zuges erhoben. Die Erörterungen sind sehr beschleunigt worden, so daß die Hauptverhandlung bereits in den nächsten Wochen zu erwarten ist.

Coffebände. Wegen zahlreicher Erkrankung von Schültern an Grippe wurde gestern auf Anordnung des Königlichen Bezirksarztes die hiesige Schule bis einschließlich den 27. Oktober geschlossen.

Nossen. Ein allgemeiner Amtstag unter Vorsitz des Herrn Amtshauptmann Dr. Grille fand am vorigen Sonnabend im hiesigen Sachsenhof statt. Herr Direktor Schausfuß-Meißen, der Leiter der Kartoffelversorgungsstelle des Kommunalverbandes hielt einen Vortrag über Kartoffelversorgung im Wirtschaftsjahr 1918/19. Der Vortragende sowohl als auch Herr Amtshauptmann Dr. Grille gaben der Befürchtung Ausdruck, daß der Schleichhandel, wenn eine Unterdrückung desselben durch Schutzmaßnahmen nicht möglich sein werde, im nächsten Frühjahr im Meißner Bezirk eine Kartoffelknappheit verursachen wird. Weitere Vorträge von Vertretern der Königl. Amtshauptmannschaft betrafen die Angelegenheiten der Viehaufbringung, der Wertzuwachs- und Umsatzensteuer. Gerügt wurde die mangelhafte Brotgetreide- und Obstlieferung. Mit einer eindringlichen Mahnung seitens des Herrn Amtshauptmann zur Zeichnung der Kriegsanleihe wurde die in allen Teilen anregende Tagung beendet.

Freiberg. Hier ist das Gerücht aufgetaucht, daß es sich bei der jetzt herrschenden Grippeepidemie um Lungenpest handele. Dieses Gerücht, das geeignet ist, in der Bevölkerung Beunruhigung zu erzeugen, entbehrt jeder Grundlage. Es ist durch streng wissenschaftliche Untersuchungen, die im hiesigen Garnisonlazarett vorgenommen

worden sind, einwandfrei festgestellt worden, daß es sich bei den tödlich verlaufenden Fällen um Lungenentzündungen handelt, wie sie auch schon früher als Folgeerkrankungen der Grippe beobachtet worden sind. Es sind überall im Reich geeignete Maßnahmen getroffen worden, um der Weiterverbreitung der Grippe Einhalt zu tun, so daß mit einem baldigen Erlöschen derselben zu rechnen ist.

Strehla a. d. Elbe. Der Unterricht an der hiesigen Bürgerschule wurde der Grippe wegen — es sind etwa 240 Schulkinder und mehrere Lehrkräfte daran erkrankt — vorläufig bis zum 28. dieses Monats ausgesetzt. Die Grippe tritt recht bösartig auf; es sind bereits mehrere Erwachsene und Kinder an der Krankheit gestorben.

Bischofswerda. Ihre „Kunden“ eingebüßt hat auch die hiesige Herberge. Es soll daher der Betrieb am 31. Dezember geschlossen werden. Einer späteren Zeit muß es vorbehalten bleiben, zu entscheiden, ob das freie Wanderleben es nötig macht, die Pforten der Herberge wieder zu öffnen.

Briefkasten.

J. S., Schmiedewalde. Der erste Versuch, eine allgemeine Abklärung herbeizuführen, wurde 1899 auf Anregung des Fürsten Nikolaus II. auf der Haager Konferenz gemacht. Es waren 26 Staaten an dieser Konferenz beteiligt, die hinsichtlich der Lösung der Hauptfrage jedoch ergebnislos verließ und sich mit der Festlegung einiger anderen internationalen Vereinbarungen von geringerer Bedeutung begnügte.

Rudolf, Böhlen. Für die Zulassung Ihres Sohnes zur Militärschule in Berlin käme in erster Linie seine Tauglichkeit zum Kavalleristen in Frage. Es erscheint uns fraglich, ob bei dem starken Andrang zu dieser Karriere die wenigen gutbezahlten Stellen der Stadtveterinäre eine ausreichende Zukunft bieten. Auf tierärztlichem Gebiete will uns vielmehr eine Privatpraxis noch eher zuzugang erscheinen.

G. R. Grund bei Mohorn. Jede Marmelade läßt sich durch Vermischung mit gleichen Teilen Apfelsinens verlängern und verbilligen, ohne daß der Geschmack darunter

leidet. Man darf jedoch nie mehr als etwa 2 Pfund des Gemisches auf einmal herstellen, da durch den Zusatz von Apfelsinens die Haltbarkeit leidet und höchstens auf 8—10 Tage geschätzt werden kann. Man verlängere also Reis nur das für die kommende Woche zum Verbrauch bestimmte Marmeladequantum in der angegebenen Weise.

Kirchennachrichten

für Dienstag den 22. Oktober.

Grumbach.

Abends 7/8 Uhr Frauenverein im Gasthof.

5. Klasse 173. Rgl. Sächs. Landes-Lotterie.

16. Ziehungstag am 19. Oktober 1918.

(Ohne Gewähr. — Nachdruck verboten.)

500000 Mark auf Nr. 83570.

30000 Mark auf Nr. 92295.

15000 Mark auf Nr. 69142.

10000 Mark auf Nr. 68048.

5000 Mark auf Nr. 55845, 61806, 71069, 98454.

3000 Mark auf Nr. 857, 1471, 26406, 27810, 27899, 28787, 89892, 89419, 84441, 62908, 76841, 77980, 78150, 79998, 80292, 88079, 87459, 89846, 92490.

2000 Mark auf Nr. 8814, 15878, 19463, 22642, 29616, 32888, 33818, 34299, 36454, 37007, 45676, 48729, 52299, 53244, 57421, 63988, 70002, 72050, 80108, 92504, 93189, 94492, 95721, 98892, 100806, 107018.

1000 Mark auf Nr. 736, 1518, 2655, 3148, 3559, 3853, 5884, 9225, 16656, 20169, 24768, 25118, 29585, 31144, 32067, 33707, 33764, 34313, 34709, 35126, 36224, 38846, 37092, 37718, 38173, 39605, 40485, 43805, 55848, 57540, 59231, 59512, 60887, 66421, 71127, 73457, 78914, 78946, 80375, 81801, 81714, 83706, 83998, 84824, 85027, 85594, 86486, 89868, 90552, 93866, 94295, 97082, 97878, 100567, 101408, 108172, 108448, 109197.

500 Mark auf Nr. 1171, 5096, 6187, 14954, 15895, 17556, 21862, 24763, 36280, 40802, 42412, 43688, 44714, 47047, 47312, 47668, 49098, 49997, 52564, 55210, 56738, 57157, 57797, 62189, 65389, 65895, 66179, 70468, 78384, 79308, 82814, 86957, 87863, 88265, 88488, 91121, 92871, 94545, 99437, 100298, 102502, 106770, 107505.

Die heutige Nummer umfaßt 4 Seiten.

Herausgeber, Verleger und Drucker: Arthur Schünke in Wilsdruff. Verantwortlich für die Schriftleitung: Oberlehrer: L. R. Sörner, für den Inseratenteil: Arthur Schünke, beide in Wilsdruff.

Amtlicher Teil.

Mehl für die vierte fleischlose Woche.

Gemäß Anordnung des Staatssekretärs des Kriegsernährungsamtes sind im Bezirke der Amtshauptmannschaft Meißen, einschließlich der revidierten Städte Nossen, Lommatzsch und Wilsdruff, für die vierte fleischlose Woche vom 21. bis 27. Oktober 1918 den fleischverorgungsberechtigten Personen als Ersatz für das Fleisch wiederum

- a) 125 g Weizenmehl für Personen über 6 Jahre,
- b) 65 g Weizenmehl für Kinder unter 6 Jahren

zu gewähren. Fleischfeldverforgar erhalten diese Mehlgewährung nicht.

Das Mehl ist gegen Eingabe des Abschnittes H der Reichsfleischkarte „Fleischlose Woche vom 21. bis 27. Oktober“ bei den Bäckern und Mehlhändlern im Bezirke der Amtshauptmannschaft zu beziehen.

Als Höchstpreis für 125 g Weizenmehl werden 10 Pfennige, für 65 g Weizenmehl 5 Pfennige festgesetzt.

Die Bäcker und Mehlhändler haben die von ihnen vereinnahmten Abschnitte der Reichsfleischkarte zwecks Abrechnung und Entschrift besonders gebündelt zusammen mit der nächsten Mehlbestandsanzeige der Königlichen Amtshauptmannschaft einzureichen.

Meißen, am 19. Oktober 1918.

668 L. II.
Königliche Amtshauptmannschaft.

Inseraten-Teil.

Für die Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange meines geliebten Mannes, unseres guten Vaters, Schwiegers- und Großvaters und Onkels, des Herrn

Privatus

Theodor Ritthausen

sprechen wir hierdurch unseren

tiefgefühltesten Dank

aus.

Wilsdruff, am 21. Oktober 1918.

Therese verw. Ritthausen geb. Goerne und Söhne
nebst übrigen Hinterbliebenen.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Liebe und Teilnahme beim Scheiden meiner lieben Gattin, unserer guten Mutter sagen nur hierdurch allen

herzlichen Dank

M. Hesse und Kinder.

Wilsdruff, am 19. Oktober 1918.

Tüchtige Tischler

sucht bei gutem Lohn

Th. Porisch, Möbelfabrik,
Wilsdruff.

Drucksachen aller Art liefert sauber und preiswert die Buchdruckerei Dr. H.

Oswald Mensch
Rossschlächtereier Potschappel
Fernsprecher Nr. 735 Amt Dauben.

8. Kriegsanleihe betr.

Die Wertpapiere der 8. Kriegsanleihe, Stücke zu 100 Mk., 200 Mk. und 500 Mk. Nennwert, können gegen Vorlegung des Empfangsbekanntnisses an unserer Geschäftsstelle — Rathaus — in der Kasernenzeit von 8—12 und 2—4 Uhr, Sonnabends von 8—2 Uhr, in Empfang genommen werden.

Zeichnungen auf die 9. Kriegsanleihe werden bis 6. November mittags 1 Uhr entgegen genommen.

Stadt. Sparkasse Wilsdruff.

Sendet das „Wilsdruffer Tageblatt“ ins Feld! Feldabonnement bei täglicher Zusendung monatlich 1,20 Mk.

Kirsch-Laub

und das Laub von
Weinens, Aepfels,
Kastanien-, Nuß-
und Lindenbäumen

so wie
Haselnußblätter,
Brombeerblätter,
Husflattichblätter,
Himbeerblätter,
Ahorblätter,

jede Sorte getrennt, läuft jeden Posten zu guten Preisen, wie es die Bäume geben, grün ob. in abgefallenen Zustände

Jda Rade,

Hühndorf Nr. 11.

Sammelstellen-Veiter:

Reinh. Krause,
Coffebände,
Bez. Dresden.

Mädchen,

nicht unter 20 Jahren, für Küche und Haus für 1. Dez. zu 2 Personen gesucht [sow. Dresden, Jägerstr. 27 p.

Ein Unteroffizier, im Alter von 28 Jahren, hellblond, sucht eine nette Lebensgefährtin zw. als baldiger

Heirat,

da er keine Eitelkeit mehr hat und sich gern ein Heim gründen möchte. Junge Witwe nicht ausgeschlossen. Nur ernst reell gemeint. Werte Offerten unter 260 an die Geschäftsst. d. Bl. erbeten. Um Beilegen des Bildes wird höflich gebeten.

Verloren

wurde ein Damenschiff. Der echte Finder wird belohnt, selbigen abzugeben bei Paul Harder, Rosenstr. 76.

Sinniger, Mittel gegen Bettlägen.

Auskunft erteilt umsonst [sow. n. Stadenmann, Verden an der Aller. Verf. Neue Apoth. I. Verden.

Mädchen

in kleine Landwirtschaft gesucht. Wo? zu erfragen in der Geschäftsst. d. Bl. mit 265.

Suche für 1919

Knechte, Mägde, Pferde-jungen. Stellenvermittler Hermann Bennack, Röhrsdorf.

Wir bitten höflich, Anzeigen bis 11 Uhr vor-mittags anzugeben.

Der

Taschen-Fahrplan

für Winter 1918/19

der Eisenbahnstrecken
Potschappel-Wilsdruff-
Nossen und
Wilsdruff-Meißen mit

Dampfschiff-Fahrplan

ist wieder fertiggestellt und bei uns zu haben.

Stück 15 Pfennige.

Die Geschäftsstelle

des „Wilsdr. Tagebl.“

Kaufe Schlachtpferde zu geleglichen Preisen.

August Hohlfeib,
Wilsdruff, Fernspr. 544.
Im Rathaus sofort zur Stelle.

